

Straßenumbenennung, *weißer* Stress und die Notwendigkeit rassismuskritischer Bildung

Ein Diskursbeitrag zur medialen Debatte über die Umbenennung von Straßen im „Afrikanischen Viertel“ in Berlin

Jule Bönkost¹ | Berlin im Juni 2017

Abstract

Der Beitrag thematisiert den mit dem Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte vom 17.03.2016 offiziell begonnenen Prozess der Umbenennung von Straßen im Berliner „Afrikanischen Viertel“ und *weiße* Abwehr am Beispiel der medialen Debatte im Anschluss an die Veröffentlichung alternativer Namensvorschläge Ende Mai 2017. Die diskutierten Medienbeiträge zur Straßenumbenennung, die in den zwei Wochen nach der Namensveröffentlichung publiziert wurden, werden im Hinblick auf *weiße* Abwehrstrategien besprochen und in Beziehung zum Umgang mit Rassismus in Deutschland gesetzt. Von dieser Kontextualisierung ausgehend plädiert der Text für eine flächendeckende rassismuskritische Bildung, die den Zusammenhang von Kolonialismus und Rassismus bis in die Gegenwart zum Thema macht.

Ende Mai 2017 wurden alternative Namensvorschläge für zwei Straßen und einen Platz des „Afrikanisches Viertels“ im Berliner Ortsteil Wedding veröffentlicht. Der Beschluss zur Umbenennung der Lüderitzstraße, des Nachtigalplatzes und der Petersallee stammt noch aus 2016. Er sieht vor, bei der Namensänderung „Persönlichkeiten – insbesondere Frauen – der (post-)kolonialen Befreiungs- und Emanzipationsbewegung aus Ländern Afrikas“ (Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin 2016) aufzugreifen. Von der Bevölkerung wurden 196 Umbenennungsvorschläge eingereicht, von denen eine vom zuständigen Bezirksamt einberufene Jury wiederum sechs Namen ausgewählt hat. Wenig erstaunlich sind die Reaktionen in der Berliner Presse auf die Präsentation dieser in die engere Wahl genommenen Namen. Sie zeugen von der bekannten *weißen*² Wut und Empörung, die auf die Thematisierung bzw. das Aufzeigen und Infragestellen von Rassismus folgen.

Als Auslöser der *weißen* Emotionen, die die Presseartikel in den Tagen nach der Veröffentlichung des Jury-Votums erahnen lassen, können weniger die spezifischen vorgestellten Namen festgemacht werden. Sie gehören Personen, die den meisten Autor*innen höchstwahrscheinlich bis dato nicht bekannt waren. Vielmehr wurden die starken emotionalen Reaktionen offenbar deshalb hervorgerufen, weil die Lüderitzstraße, der Nachtigalplatz und die Petersallee überhaupt neue Namen erhalten. Genauer scheint der rassismuskritische Gehalt der Neubenennung verantwortlich für die Reaktionen zu sein. Den Puls lässt offenbar höher schlagen, dass Straßen, die bisher Kolonialverbrecher ehren bzw. – im Fall der Petersallee – ehrten (vgl. Bönkost 2017), nach möglichst weiblichen afrikanischen Persönlichkeiten, die gegen Kolonialismus und Rassismus Widerstand geleistet haben, umbenannt werden.

Eine Debatte um die Umbenennung von Straßen des „Afrikanischen Viertels“ gibt es schon seit Langem. Von in Berlin lebenden Nachfahren Kolonisierter initiiert und maßgeblich von der Schwarzen Community Berlins und zivilgesellschaftlicher Initiativen vorangetrieben, gehen dem offiziellen Prozess zur Straßenumbenennung viele Jahre Einsatz für einen kritischen Umgang mit den kolonialen Spuren und das Sichtbarmachen von Schwarzen Perspektiven des Widerstands in Deutschlands ältestem Kolonialviertel voraus. Mit der Veröffentlichung der vorgeschlagenen neuen Namen rückt

¹Dr. Jule Bönkost, Amerikanistin, leitet zusammen mit Josephine Apraku das IDB | Institut für diskriminierungsfreie Bildung in Berlin. Seit 2016 führt sie das Bildungsprojekt „Hier und jetzt! Kolonialismus und Kolonialrassismus im Unterricht“ beim Antirassistisch-Interkulturellen Informationszentrum ARiC Berlin e. V. durch. Kontakt: boenkost@diskriminierungsfreie-bildung.de - www.jule.boenkost.de

²Die Begriffe „*weiß*“ und „*People of Color*“ setze ich kursiv und den Begriff „Schwarz“ schreibe ich mit großem Anfangsbuchstaben, um diese Positionen als soziale Konstruktionen zu markieren.

die Neubenennung von Straßen des „Afrikanischen Viertels“ nun unmissverständlich ein Stück näher. Die medialen Reaktionen, die auf die Namenspräsentation folgten, lassen erahnen, dass dieser anstehende Namenswechsel für *weiße* Personen emotionalen Stress bedeutet. Gemeint ist hier die Art von Stress, den *Weißer* als Folge einer Gewöhnung an die wahrgenommene Normalität des Rassismus durch eine Infragestellung dieser Normalität erfahren (vgl. DiAngelo 2011). In diesem Fall drückt sich die *weiße* Normalität im Konkreten in einem bisher weitgehend unkritischen Umgang mit den kolonialen Spuren im öffentlichen Raum in Deutschland aus. Auch andere vorgeschlagene Namen (weiblicher) Schwarzer Persönlichkeiten des antikolonialen Widerstandes hätten diese Normalität „gestört“. Deshalb ist auch nicht davon auszugehen, dass andere Namen grundsätzlich andere mediale Reaktionen ausgelöst hätten. Denn auch sie hätten die negativen *weißen* Emotionen hervorgerufen, die das Sichtbarmachen rassistischer Macht- und Ungleichheitsverhältnisse, die die Normalität des Rassismus verschleiert, auslöst. Von den Betroffenen werden diese Emotionen, zu denen tiefgreifende Gefühle von Schuld und Scham gehören, in der Regel nicht als rassismusrelevant wahrgenommen (vgl. Bönkost 2016). Das eigene Gefühlserebren bleibt, wie in den hier angesprochenen Presseartikeln, entsprechend unreflektiert. Gleichzeitig ist es wesentlich für das Handeln verantwortlich: So können die Medienberichte als Versuch gelesen werden, die unangenehmen Gefühle zu überwinden und die eingebrochene *weiße* Normalität zu verteidigen bzw. schnellstmöglich wiederherzustellen.

Die mediale Berichterstattung zur Straßenumbenennung im „Afrikanischen Viertel“ in der ersten Junihälfte 2017 demonstriert in beispielhafter Weise die vielfältigen, wenn auch immer wieder gleichen emotional aufgeladenen *weißen* Abwehrmechanismen mit dem Ziel, Kritik am Rassismus zurückzuweisen (vgl. DiAngelo 2011). Im Hinblick auf den Diskurs um die Straßenumbenennung im „Afrikanischen Viertel“ umfasst die Kritik die Infragestellung der Ehrung rassistischer Akteure der deutschen Kolonialzeit mit Straßennamen und die Absicht der Würdigung antikolonialen und rassismuskritischen Widerstandes. Genauso wie sich dieses kritische Vorhaben auf die Ebene struktureller Macht- und Ungleichheitsverhältnisse bezieht, sind auch die Aussagen der Journalist*innen im Kontext dieser Verhältnisse zu lesen: Die Zurückweisung des rassismuskritischen Vorhabens dient im Wesentlichen dazu, bestehende *weiße* Dominanz abzusichern, die der Zustand der Normalität des Rassismus für *Weißer* bedeutet. Denn wird die Normalität des Rassismus in Frage gestellt, werden immer auch die gesellschaftlichen Privilegien und leichteren Zugänge *weißer* Menschen zu lebensbedeutsamen Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten hinterfragt, die mit dieser Normalität verbundenen sind bzw. warum der Rassismus als Normalität überhaupt erst existiert (vgl. McIntosh 2001). Auch weil die eigenen rassismusrelevanten Emotionen in der Regel selbst nicht hinterfragt werden sowie aufgrund eines mangelnden Verständnisses des strukturellen Rassismus, ist abwehrend handelnden *Weißer* diese politische Dimension des eigenen Handelns in der Regel nicht bewusst. Deshalb war auch erwart- bzw. vorhersagbar, dass die *weiße* Abwehr der Rassismuskritik von Seiten der Autor*innen der hier diskutierten Presseberichte auf der Textebene vor allem implizit erfolgt. Unter anderem werden hierfür folgende Text- und Argumentationsstrategien genutzt:

Die mediale Debatte um die Straßenumbenennung in den Tagen nach der Veröffentlichung der alternativen Namensvorschläge für die Lüderitzstraße, den Nachtigalplatz und die Petersallee legt nahe, Kolonialismus und Rassismus seien Themen der Vergangenheit. Auf diese Weise wird die Präsenz von Rassismus im heutigen Umgang mit der deutschen Kolonialvergangenheit und ihrem gegenwärtigen Erbe in Deutschland verleugnet. Mit dieser Verleugnung wird den Argumenten der Befürworter*innen der Umbenennung, die die Straßennamen aufgrund ihrer Verstrickung in Rassismus bis heute hinterfragen, die Grundlage entzogen. Mit der Verlagerung von Rassismus in die Vergangenheit sprechen sich die Journalist*innen gleichzeitig davon frei, mit ihren Positionen selbst in Rassismus verwoben zu sein. Vielmehr wird offenbar für sich beansprucht, „objektiv“ und fachkundig über den zur Diskussion stehenden Sachverhalt Rassismus urteilen zu können. Rassismusforschung, genauso wie rassismuskritische Arbeit, wird hingegen pauschal abgewertet. „Geht natürlich gar nicht, da wir inzwischen alle Antirassisten sind,“ heißt es in Welt/N24 im Hinblick auf die bisherigen Straßennamen im „Afrikanischen Viertel“. Was für den Autor, der sich hier offenbar nicht wörtlich, sondern ironisch verstanden wissen will, scheinbar tatsächlich „gar nicht geht“, sind rassismuskritische Bemühungen und das egal, wo sie sich wiederfinden. Nachdem er rassismuskritische Wissenschaft als „akademische Szene“ herabsetzt, dient ihm seine Verwendung des

hier negativ konnotierten Ausdrucks „Antirassist*in“ auch dazu, die Qualifikation der Mitglieder der Jury, die „sozusagen hauptberufliche Antirassisten“ seien, infrage zu stellen. Offenbar wüsste man es als natürlich besser qualifizierter Journalist besser. Das nicht Bestreitbare, die Beteiligung der alten Namensgeber der Straßen an der brutalen deutschen Kolonialvergangenheit, wird heruntergespielt. Die Lüderitzstraße, heißt es in der Berliner Woche, sei „nach dem Kaufmann Adolf Lüderitz [benannt], der in der früheren Kolonie Deutsch-Südwestafrika im heutigen Namibia aktiv war“. Worin diese „Aktivität“ bestand, scheint nicht erwähnenswert. Gustav Nachtigal hingegen wird immer wieder als „Afrikaforscher“ heroisiert. Der Tagespiegel stellt ihn beispielweise als „bis heute weltweit respektierter Stammvater der ethnografischen Feldforschung“ vor. Die Gewalttätigkeiten, für die die Namensgeber der Straßen überhaupt in der Kritik stehen, bleiben nicht nur hier unbenannt. Verbrechen und Gewalttätigkeit werden außerdem flexibel bewertet: Begangen von den möglichen alternativen Namensgeber*innen seien sie ausdrücklich nicht hinnehmbar. Hier wiederum scheint Gewaltfreiheit auf einmal ein zentrales Kriterium zu sein. „Irrer Plan: Berlin will eine Straße nach einer Sklavenhändlerin benennen“, lautet der Titel eines Artikels im Berlin Kurier, der sich auf den Namensvorschlag „Ana Nzinga“ bezieht. Mit Beiträgen wie diesem Artikel wird der Fokus weggeschoben von den kolonialen Verbrechen Deutschlands und ihren Folgen für die Gegenwart in der BRD hin zur vermeintlichen Untauglichkeit der neuen Namensvorschläge: Nzinga sei „ohne Zweifel eine hochinteressante Figur“, doch „[z]ur Verehrung aber taugt sie nicht“, so die Hauptaussage eines Artikels in der Berliner Zeitung. Besonders hervorgehoben werden in den Medienbeiträgen offensichtlich jeweils die vermeintlichen Eigenschaften der Personen, die am brauchbarsten dafür erscheinen, die Straßenumbenennung generell infrage zu stellen. Eine Aussage im Tagesspiegel, mit der dies geschieht, lautet beispielsweise: „Ein Afrikaforscher soll in Wedding gegen eine Sklavenhälterin ausgetauscht werden“.

Darüber hinaus nehmen die Medienberichte immer wieder eine Opfer-Täter*innenverschiebung vor. Die eigentlichen Leidtragenden seien die „betroffenen“ Anwohner*innen, die jetzt, „Ausweise ändern müssen [und] neue Visitenkarten und Briefköpfe brauchen“ (B. Z.). Die Umbenennung ginge außerdem nicht nur zu Lasten der Anwohner*innen, sie würden außerdem fremdbestimmt: „Die Betroffenen: Das sind nämlich die Bewohner des Afrikanischen Viertels“, die für „zu dumm“ gehalten würden, um „ihre eigenen Dinge zu regeln“ (Welt/N24) und denen nicht zugetraut werde, „über die Rolle des Arztes und Forschers Gustav Nachtigal im deutschen Kolonialreich zu reflektieren“ (Berliner Zeitung). „Das Verfahren zur Straßenumbenennung in Wedding ist skandalös“, schreibt die Berliner Zeitung und fügt dem einen politisch motivierten medialen Aufruf zum Widerstand hinzu: „Die Menschen im Wedding“, heißt es hier, „sollten sich wehren“. Damit die Opfer-Täter*innenverschiebung funktioniert, wird in diesem Zusammenhang besonders hervorgehoben, dass es sich bei der Umbenennung um ein vor allem von Schwarzen Akteur*innen getragenes Anliegen handelt. In der Jury säßen „vor allem Mitglieder afrikanischer Herkunft“, betont beispielsweise Welt/N24 bevor die vermeintliche „Betroffenheit“ der Anwohner*innen erläutert wird.

An anderer Stelle scheint die Initiative von Menschen mit Rassismuserfahrung hinter der Umbenennung hingegen weniger wichtig. Beispielsweise wenn es darum geht, Stimmen wiederzugeben, die sich gegen einen Namenswechsel aussprechen. „Die Kolonialzeit ist lange her, ich sehe das nicht so eng“, lautet eine in der B. Z. hierfür herangezogene Aussage einer Anwohnerin. Dass in diesem Zusammenhang auf Stimmen von Schwarzen Menschen und *People of Color* zurückgegriffen wird und auch Bilder der zitierten Personen gezeigt werden, scheint wenig zufällig, kann mit den Aussagen und Fotos doch zugleich dem Rassismuserwurf vorgebeugt und das eigene positive Selbstbild aufrechterhalten werden. Dies ist eine wichtige Aufgabe der *weißen* Abwehrmechanismen, die dazu dienen, den *weißen* Stress zu reduzieren und das angegriffene *weiße* Wohlbefinden wiederherzustellen. Dieses Wohlbefinden ist auch darauf angewiesen, nicht als rassistisch und damit „böse“ zu gelten. Auch die Hervorhebung des Widerstands von Hans Peters (dem die Petersallee seit 1986 gewidmet ist) gegen die Nationalsozialist*innen und von Gustav Nachtigals Rolle als Gegner der Sklaverei dient dazu, sich trotz der eigenen zweifelhaften Behauptungen gut zu fühlen. Ausschlaggebend ist hier die Betonung. Sie suggeriert, dass nicht die bisherigen Straßennamen, sondern vielmehr die Straßenumbenennung im Hinblick auf Rassismus problematisch sei. „Das Abschrauben [der Straßenschilder] würde also auch einen Kämpfer gegen den Nationalsozialismus treffen“, heißt es in diesem Tenor in der B. Z. In BILD erfolgt die Hervorhebung mit einem Zusatz in Klammern: „Abgeschraubt werden sollen die Namen von Adolf Lüderitz, Carl Peters und Gustav Nachtigal

(obwohl er auch ein großer Kritiker der Sklaverei war).“ Ein Diskriminierungsvorwurf, mit dem sich die Autor*innen scheinbar selbst „frei“ von Rassismus sprechen, erfolgt schließlich auch direkt: Die Straßenumbenennungen seien Akte eines „neuen Kolonialismus“, erklärt Welt/N24 und die Berliner Zeitung schreibt: „Man wickelt in Berlin das Erbe des Kolonialismus ab, indem man sich der Mittel des Kolonialismus bedient: Fremdbestimmung, Dünkel, Vermessenheit, Ignoranz.“ Dieses den Kolonialismus (z. B. mit dem Auswuchs bis hin zum Genozid an den Ovaherero und Nama) relativierende und verniedlichende Argument entlarvt sich selber. Für einen weiteren Vorwurf wird schließlich auch auf den Rassismusbegriff zurückgegriffen: Der Tagesspiegel lässt seine Leser*innen wissen, dass das Kriterium der Jury, weibliche Schwarze Persönlichkeiten als Namensgeberinnen auszuwählen, rassistisch und sexistisch sei. Dies ist wohl gemerkt das einzige Mal, dass der Ausdruck „Rassismus“ in den hier zitierten Medienbeiträgen vorkommt.

*Weiß*e Abwehr ist flexibel. Die Medienberichterstattung zur Straßenumbenennung im „Afrikanischen Viertel“ in den zwei Wochen nach der Präsentation der ausgewählten Namensvorschläge ist dafür mit ihrem abwehrenden Argumentationswirrwarr ein gutes Beispiel. Trotz ihrer auffälligen inhaltlichen Widersprüchlichkeit dienen die abwehrende Argumente und Strategien allesamt dazu, die Straßenumbenennung grundsätzlich zu hinterfragen, den mit einer Straßenumbenennung in Frage gestellten Rassismus zu verdecken und – im weitesten Sinne – die Kritiker*innen zum Schweigen zu bringen.

Im Hinblick auf Rassismus sind die hier besprochenen medialen Berichterstattungen nicht als individuelle Meinungen der – überwiegend männlichen *weißen* Journalist*innen – zu bewerten. Vielmehr stehen die medialen Reaktionen in vielfacher Hinsicht repräsentativ für den Umgang mit Rassismus in Deutschland im Allgemeinen. Dieser Umgang zeichnet sich dadurch aus, dass angenommen wird, Rassismus gehöre der Vergangenheit an und trete heute allenfalls als Ausnahme auf, in Form extrem rechten Handelns oder absichtsvoll rassistischem Verhalten Einzelner. Die eigene Verstrickung in Rassismus und die eigenen Reproduktionen verinnerlichter rassistischer Selbst- und Fremdbilder werden grundsätzlich nicht wahrgenommen in dem selbstgefälligen Glauben, rassismusfrei zu handeln. In dieser Sicht kommt die Bedeutung, die der deutsche Kolonialismus für das Wirken des Rassismus bis heute hat, gar nicht vor. Die Akteur*innen der Straßenumbenennungsdebatte – die hier angesprochenen Journalist*innen auf der einen Seite und die Initiativen hinter der Straßenumbenennung auf der anderen Seite – haben also ein unterschiedliches Verständnis von Rassismus, das ihren Argumentationen zugrunde liegt und sprechen folglich auf verschiedenen Ebenen.

Das herkömmliche Rassismusverständnis, das auch die mediale Debatte um die Straßenumbenennung im „Afrikanischen Viertel“ beherrscht, ist eine wichtige Spielart des Rassismus. Denn indem es die von Rassismus geschaffenen Macht- und Ungleichverhältnisse negiert, trägt es zum Erhalt genau dieser Verhältnisse bei. Die dominante verkürzte Sicht auf Rassismus ist auch dafür mitverantwortlich, dass – von Anwohner*innen wie Nicht-Anwohner*innen – die vermeintlichen „Interessen“ der im Kolonialviertel lebenden Menschen immer wieder als wichtiger dargestellt werden als der Versuch eines verantwortungsvollen und machtkritischen Umganges mit den Spuren des Kolonialismus im öffentlichen Raum. Anders formuliert: Warum sollte eine Straßenumbenennung befürwortet werden, wenn die Bedeutung des gegenwärtigen Umgangs mit der deutschen Kolonialvergangenheit geschweige denn einer möglichen Straßenumbenennung im „Afrikanischen Viertel“ im Hinblick auf rassistische Verhältnisse in Deutschland gar nicht nachvollzogen werden kann? Journalist*innen, die selbst nicht im „Afrikanischen Viertel“ leben, schlagen sich nicht aus Sorge um deren Geldbeutel auf die Seite der Anwohner*innen, die eine Umbenennung ablehnen. Vielmehr erlaubt dieses Partei ergreifen den Autor*innen, die eigene zum Ausdruck gebrachte *weiße* Ablehnung einer Straßenumbenennung argumentativ und vermeintlich plausibel zu rechtfertigen. Hierfür wird dann auch schon mal auf die schwierige Schreibweise oder Aussprache der vorgeschlagenen Namen hingewiesen. Sie werden als schwerwiegender gewertet als der Umstand, dass Straßennamen bis heute die deutsche Kolonialherrschaft verherrlichen und mit den Straßenumbenennungen ein wichtiger Schritt in die Richtung einer kolonialrassismuskritischen Erinnerungskultur in Deutschland vollzogen werden könnte. „Nicht mal die Auswahlkommission [...] ist sich über die Schreibweise einig“, heißt es über die Namensvorschläge in der Berliner Woche, die hingegen kein Wort darüber verliert, inwiefern eine Benennung der diskutierten Straßen nach kolonialen Widerstandskämpfer*innen für eine verantwortungsvolle Erinnerungskultur bedeutsam ist. Dass das mit der Umbenennung eigentlich verbundene rassismuskritische Anliegen nicht begriffen wird, verdeutlicht zum Beispiel

der im Tagesspiegel formulierte Vorschlag, alternativ doch Straßennamen wie „Opferstraße“ oder „Allee der Diskriminierten“ zu verwenden. Das nicht verstandene Anliegen der Gruppen hinter der Umbenennung wird damit zugleich ins Lächerliche gezogen.

Durch ihren Kontext werden die hier diskutierten medialen Berichte zur Straßenumbenennung in Berlin nicht weniger gewaltvoll. Im Gegenteil, vielmehr machen sie in konzentrierter Form die *weiße* Ignoranz gegenüber rassismuskritischen Bemühungen, zu denen das Eintreten für einen kritisch reflektierten Umgang mit Berlins kolonialem Erbe gehört, deutlich. Gleichzeitig bringen sie in zugespitzter Form die Unfähigkeit zum Ausdruck, Rassismus zu erkennen und zeigen damit die generelle Notwendigkeit des Lernens über Rassismus auf. Behauptungen, wie die Straßenumbenennung sei ein „neuer Kolonialismus“ und der Auswahlprozess der Jury rassistisch und sexistisch, zeugen beispielhaft von einem völligen Fehlen des Verständnisses von Diskriminierung im Allgemeinen und eines geschichtlichen Verständnisses von Rassismus in der Gegenwart im Besonderen. Als „Spiegelbild der Gesellschaft“ verdeutlichen die Medienberichte, die von der großen Mehrheit der Leser*innen wahrscheinlich unhinterfragt hingenommen werden und damit zusätzlich Legitimität erfahren, dass es in Deutschland an einem Grundverständnis über die Funktions- und Wirkungsweise von Rassismus sowie die eigene Verstrickung darin fehlt. Ein solches Verstehen ist aber notwendig, um überhaupt gegen Rassismus eintreten und Veränderungen bewirken zu können. Ohne ein Verstehen des strukturellen Rassismus kann schließlich noch nicht einmal ein Wille zum rassismussensiblen Umgang mit den kolonialen Spuren der Vergangenheit im öffentlichen Raum erwartet werden. Kurz: Ich kann nicht für etwas eintreten wollen, wenn ich keine Vorstellung davon habe, warum ein solches Eintreten von Interesse für mich sein könnte.

Die Medienberichterstattung zur Straßenumbenennung im „Afrikanischen Viertel“ im Anschluss an die Veröffentlichung der von der Jury in die engere Wahl gezogenen alternativen Straßennamen lässt uns damit erneut wissen, dass es in Deutschland einer flächendeckenden rassismuskritischen Bildung bedarf. Ihre Aufgabe ist neben der Förderung des grundsätzlichen Verstehens rassistischer Gesellschaftsstrukturen und Wirkweisen auch auf die Förderung einer handlungsleitenden rassismuskritischen Haltung abzielen. Elementarer inhaltlicher Bestandteil einer solchen Bildungsarbeit muss der Zusammenhang zwischen Kolonialismus und Rassismus und dessen Fortwirken bis in die Gegenwart sein. Darüber hinaus muss eine solche rassismuskritische Bildungsarbeit die Herausforderung annehmen, die politische Bedeutung *weißer* Emotionen beim Sprechen und Lernen über Rassismus transparent zu machen bzw. in Lehr-Lernprozesse mit einzubeziehen.

Literatur

- Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin (2016): Drucksache 2568/IV vom 17.03.2016.
- Bönkost, Jule (2017): „Der Ehre würdig? Fragwürdige Namensgeber für Straßen in deutschen Städten und Gemeinden: Lüderitz, Nachtigal und Peters.“ www.academia.edu
- Bönkost, Jule (2016): „*Weiß*e Emotionen – Wenn Hochschullehre Rassismus thematisiert.“ www.aric.de. URL zuletzt geprüft am 10.06.2017
- DiAngelo, Robin (2011): „White Fragility.“ *International Journal of Critical Pedagogy* 3.3, 54-70.
- McIntosh, Peggy (2001): „White Privilege and Male Privilege. A Personal Account of Coming to See Correspondences through Work in Women’s Studies (1988).“ In: Andersen, Margaret L. und Patricia Hill Collins (Hrsg.): *Race, Class, and Gender. An Anthology*. Belmont, CA: Wadsworth/Thomson Learning, 95-105.

Zitierte Medienbeiträge (zuletzt geprüft am 13.06.2017)

- Adam-Tkalec, Maritta (06.06.2017): „Irrer Plan: Berlin will eine Straße nach einer Sklavenhändlerin benennen.“ *Berliner Kurier*.
- Adam-Tkalec, Maritta (06.06.2017): „Straßenumbenennung in Wedding. Eine Königin, die mit Sklaven handelte.“ *Berliner Zeitung*.
- Bruns, Hildburg und Johannes Malinowski (01.06.2017): „Kolonial-Zoff in Berlins Afrikanischem Viertel. Straßen sollen umbenannt werden.“ *Bild*.
- Bruns, Hildburg und Johannes Malinowski (01.06.2017): „Neue Straßennamen für Wedding. Namen von Kolonialherren sollen raus aus dem Afrikanischen Viertel.“ *B.Z.*
- Jericho, Dirk (02.06.2017): „Nzinga statt Nachtigal: Geheimjury hat sechs neue Namen für Afrikanisches Viertel ausgesucht.“ *Berliner Woche*. Ausgabe Wedding.
- Martenstein, Harald (05.06.2017): „Warum nicht einfach eine ‚Allee der Diskriminierten‘?“ *Der Tagesspiegel*.
- Posener, Alan (02.06.2017): „Neuer Kolonialismus.“ *Welt/N24*.
- Seidl, Christian (12.06.2017): „Afrikanisches Viertel: Das Verfahren zur Straßenumbenennung in Wedding ist skandalös.“ *Berliner Zeitung*.
- Seidl, Christian (01.06.2017): „Die Straßenbenennung im Afrikanischen Viertel ist falsch und vermessen.“ *Berliner Zeitung*.